

## Die Beratungen der parlamentarischen Parteien.

Zu Laufe der kommenden Woche wird Ministerpräsident Dr. v. Seidler die auf die Flottmachung des Abgeordnetenhauses und die Schaffung einer Mehrheit abzielenden Besprechungen mit den Führern der parlamentarischen Gruppen wieder aufnehmen. Er wird in seinen Bemühungen von den beiden Parteien der Linken tatkräftig unterstützt werden, die die Bildung einer festgelegten Majorität anstreben, die stark genug wäre, alle Vorstöße der oppositionellen Parteien abzuweisen. Man muß für den Fall des Wiederzusammentrittes des Reichsrates damit rechnen, daß Tschechen und Südslawen, wenn sie es auch nicht auf das Allerernsteste werden ankommen lassen, doch einen scharfen Kampf gegen die Regierung und die ihr nahestehenden Parteien eröffnen und im Wege demagogischer Anfragen und Anträge wieder jene Zufallsmehrheiten herbeizuführen versuchen werden, die der Arbeitsfähigkeit des Hauses zu wiederholtenmalen in so hohem Grade Abbruch getan haben.

Was den angestrebten Eintritt der Polen in die Mehrheit anlangt, so wird derselbe vom Polenklub bekanntlich von der Garantie der Deutschnationalen und Christlichsozialen für die Erfüllung der politischen Forderungen der Polen abhängig gemacht. Neu ist aber eine Gegenforderung der Deutschen, die nun auch ihrerseits gewisse Bürgschaften seitens der Polenklubs verlangen. Sie verweisen darauf, daß das Verhalten einiger polnischer Politiker beim Theaterjubiläum in Prag verstimmend gewirkt habe, und wünschen, daß derlei polnische Demonstrationen für den tschechischen Staat in Zukunft unterbleiben. Der Umstand, daß die jüngst aus dem Polenklub ausgetretenen Herren Glombinski, Starbek und Genossen sich an den Prager Demonstrationen beteiligten, falle weniger ins Gewicht als daß auch die Mitglieder des Polenklubs Witos und Tetmajer den allslawischen Kundgebungen beizwohnten. Im Polenklub sei bis jetzt kein Wort der Mißbilligung darüber gefallen, was die Anbahnung besserer Beziehungen zwischen Polen und Deutschen sicherlich erschwere. In dieser Hinsicht bedürfte die Situation also einer Klarstellung, denn die Deutschen würden für eine Politik mit doppeltem Boden nicht zu haben sein und könnten sich auch nicht mit einem disziplinenlosen und unverlässlichen Partner verbinden.

### Der Standpunkt der Polen.

Was die Entschließungen der Polen anlangt, so werden dieselben von den Darlegungen abhängen, die ihnen der Minister des Aeußern Graf Burian nach Abschluß seiner Verhandlungen in Berlin machen wird.

In Ergänzung der Mitteilungen unsres gestrigen Abendblattes wird uns von polnischer Seite mitgeteilt: Die polnische Regierung in Warschau wie die Politiker des Wiener Polenklubs stimmen im Wesen desjenigen überein, was ihnen als das Mindestmaß der Vorbedingungen für eine bestimmte Art der Lösung der polnischen Frage erscheint. Die Integrität des Kongreß-Königreiches und die Unteilbarkeit Galiziens stehen in einer Linie. Die Vereinigung des ungeteilten Galiziens mit dem territorial nach keiner Seite hin geschmälerten Königreich Polen wird sowohl von der Warschauer Regierung wie vom Polenklub zur Hauptforderung erhoben, sobald die sogenannte austropolnische Lösung in den Vordergrund der Möglichkeiten treten sollte. Die Gestaltung des polnisch-ruthenischen Verhältnisses in Ostgalizien erscheint den Polen für den Fall einer solchen Regelung genau so als Frage zweiten Ranges, wie ja bei Festlegung der Grundsätze für das neue deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis auch die polnische Frage in die zweite Reihe rücken mußte. Die austropolnische Lösung ist noch nicht grundsätzlich entschieden — wenn sie auch, wie jüngst die „Polnische Presseagentur“ andeutete, von der gemeinsamen Regierung angestrebt wird. Angesichts dieser Lage wird die ostgalizische Frage außer dem einen Postulat der Unteilbarkeit noch nicht von den polnischen Politikern zum Gegenstande genau umschriebener Programme gemacht. In der Helmer und Podlachier Frage sind schon aus Rücksicht auf strategische Erwägungen die Warschauer Regierung und der Wiener Polenklub völlig gleicher Anschauung. Der jüngste Aufenthalt des gewesenen polnischen Ministerpräsidenten Dr. von Ruzarszewski in Wien hat wesentlich zur Vereinheitlichung der Ansichten beigetragen.

### Die polnischen Führer beim Minister des Aeußern.

Auf Einladung des Ministers des Aeußern erschien gestern nachmittag das Präsidium des Polen-